

Herrn  
Volker Wissing MdB, Generalsekretär  
FDP-Bundesgeschäftsstelle  
Reinhardtstraße 14  
10117 Berlin

Mannheim, den 29.11.2021

Koalitionsvertrag SPD / Bündnis 90/DIE GRÜNEN / FDP

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für die Antworten auf die Fragen, die wir in den Wahlprüfsteinen der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) von Ihrer Partei erhalten hatten, danken wir Ihnen. Insbesondere Ihre Antwort auf die Fragen 2 und 3 führte zu der Erwartung, dass das Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende und nachträgliche Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ Bestandteil des Koalitionsvertrages zur 20. Legislaturperiode wird.

Sie hatten Ihrer Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, dass *„Union und SPD in den vergangenen acht Jahren ihrer Regierungszeit - trotz anderslautender Ankündigungen - nicht zu einer adäquaten Lösung des Problems der DDR-Altübersiedler gekommen sind“*.

Der Koalitionsvertrag zur 20. Legislaturperiode liegt nun vor, und wir stellen mit Verwunderung und Enttäuschung fest, dass das Thema „DDR-Altübersiedler“ – wie auch in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden – wiederum kein Vertragsbestandteil ist.

Die nun vorhandenen Mehrheitsverhältnisse bieten die Möglichkeit, endlich die bisherige Blockade zu überwinden und damit gleichzeitig die über mehrere Legislaturperioden verwaltete politische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu tilgen.

Mit der von UOKG, VOS und IEDF im April 2018 eingereichten Petition/Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 „Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR“ ist die rechtsstaatliche und politische Substanz der Forderungen der IEDF umschrieben. Die Beschwerde liegt seit April auf dem Tisch des Petitionsausschusses.

Es ist notwendig, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, dass es hier nicht um eine Ermessensfrage, sondern, wie es ein namhafter Verfassungsrechtler einmal formuliert hat, um ein evidentes Rechtsstaatsproblem geht.

Wir wissen, dass alle bisherigen parlamentarischen Initiativen zur politischen Rehabilitierung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekauften am Widerstand der CDU und der unionsgeführten Bundesregierung gescheitert sind

Es ist zu hoffen, dass es der FDP gelingt, das Thema „DDR-Altübersiedler“ auf die Agenda der politischen Verantwortungsträger zu setzen, auch ohne dass das ausdrücklich im Koalitionsvertrag steht.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß  
(Vorsitzender IEDF)